



Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P.b.b.
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes Nr. 102/06/14

Nimm dir Zeit zum Nachdenken, aber wenn die Zeit zum Handeln kommt, hör mit dem Denken auf und geh los.

Andrew Jackson

UND DIE LETZTEN BEISSEN...

...der Luchs und der Borkenkäfer. – In den letzten 20 Jahren wurden täglich etwa 10 bäuerliche Betriebe aufgegeben. Kein Ende in Sicht! Das trifft auch besonders auf jene im Enns- und Steyrtal, am Rande des Nationalparks, zu. Es sind dies überwiegend Nebenerwerbsbetriebe – Zweiberufler um überleben zu können. Ihr Bauerneinkommen ist beschämend gering, die Arbeit hart und viel. Zeit- und Kraftaufwand für die Almen und Steiflächen, das händische Zäunen und Schwenden, Tierbetreuung und -kontrolle gehen bis an die Grenze des Erträglichen, des Zumutbaren.

Weil viele das nicht schaffen, nimmt die Verwaldung und Verwilderung von Alm- und Steiflächen besorgniserregend zu. Die Lebensqualität auf diesen Höfen ist eingeschränkt, die Entsiedelung im Zuge des Generationenwechsels beschleunigt sich. Während für den Nationalpark Millionen ausgegeben werden, werden die Förderungen für diese „benachteiligten Gebiete“ gekürzt, die Betriebe mit immer neuen Kontrollen und Regelungen geradezu schikaniert.

Die Diskussion um die geplanten Windräder haben die „Naturfreunde“ und den „Alpenverein“ aufgeschreckt. Die schon sichtbare Entsiedelung dieser Randregionen stört, beunruhigt offensichtlich niemanden, wird sogar von den eigenen Bauernpolitikern beschönigt. – Die meisten dieser Bergbauernbetriebe könnten und wollten auch weitermachen, wenn man ihnen die gegebenen Erschwernisse und Nachteile adäquat entschädigt. – Aufgegebene Höfe hier, sind für immer weg.

ALBERT BRANDSTETTER / TERNBERG

FÖRDERUNGEN FÜR PARTEIBAUERN

Unter diesem Titel war in der „Kronenzeitung“ vom 25. Mai 2014 unter anderem folgendes zu lesen: „Kürzlich beantragte Landesrat Max HIEGELSBERGER in der Sitzung der Landesregierung eine Förderung von 136.000 Euro für die ‚Freien Bauern‘ mit Adresse Blütenstraße Linz/Urfahr, also für die FPÖ-Bauern.“ Wie bitte? Der ÖVP-Landesrat und Obmann des Bauernbundes sponsert die FP-Bauern? „Seit Jahrzehnten ist das so. Das sind Förderungen für Agrarmedien und ihre wichtige Informations-tätigkeit“, so ein Sprecher Hiegelsbergers. „Das hat mit Parteipolitik nichts zu tun, das ist Demokratie.“ Grüne Bauern und Agrarmedien der SPÖ würden da auch bedacht.

Die SPÖ-Bauern haben wir in den Förderungsberichten nicht gefunden. Aber Jahr für Jahr tatsächlich die Grünen Bauern und die Freien Bauern (mit der Ausnahme 2009) sowie natürlich auch den ÖVP-Bauernbund. 80.000 Euro gab's 2012 allein für die Schwarzen, 73.000 Euro für die Blauen und 36.500 Euro für die Grünen. (Der Landesförderbericht 2013 ist noch nicht da.) Übrigens ÖVP Wirtschaftslandesrat STRUGL hat kürzlich als Obmann des VP-Hilfswerks aufgehört, weil er sich als Regierungsmitglied nicht quasi selbst fördern will. Bauernbundobmann HIEGELSBERGER sieht so ein Unvereinbarkeitsproblem bei sich selbst offenbar nicht...

BESCHWERDE ANSTELLE BERUFUNG!

Seit 1.1.2014 ist für Entscheidungen über Beschwerden gegen Bescheide der AMA das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) zuständig. Bisher war es das Landwirtschaftsministerium. Dadurch ergeben sich einige Änderungen. Unter anderem ist gegen Bescheide, die ab 2014 erlassen werden, künftig das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig und ist diese innerhalb von 4 Wochen ab Zustellung des Bescheids bei der AMA einzubringen.

AUS DEM PARLAMENT

Mit der Mehrheit der Regierungsparteien wurde in der Nationalratssitzung vom 12. Juni 2014 das Marktordnungsgesetz durchgepeitscht. Ohne dass die Streichung der Mutterkuhprämie, die Schlechterstellung des Grünlandes und die Besteuerung der Arbeit durch Vieheinheiten- und Milchzuschläge in irgendeiner Weise ausgeglichen wurde. Dies bei fallenden Bauerneinkommen und glatter Missachtung der Zielsetzung des geltenden Landwirtschaftsgesetzes, resümierte NR STEINBICHLER.

Verärgert hat ihn, dass der Agrarausschuss im Parlament den Antrag „AT-Stempel nur auf österreichische Tiere“ auch mit der Stimmenmehrheit der Regierungsparteien vertagt hat. Werden doch auf Grund der irreführenden Kennzeichnung mit dem AT-Stempel 100.000 Rinder bzw. über 2 Mio. Lebend-Schweine kreuz und quer durch Europa gekarrt, nur um den begehrten AT-Stempel zu erhalten. Das gefährdet nicht nur den Feinkostladen Österreich und zerstört wertvolle regionale Arbeitsplätze, sondern ist auch aus Sicht der Umwelt, des Klimas und des Tierschutzes abzulehnen.

PRESSEAUSENDUNG NR LEO STEINBICHLER

!! ACHTUNG KÄRNTNER UBZ-LESER !!

Durch Änderung der bisherigen Regelung, ersuchen wir all jene, die weiterhin die „Unabhängige Bauernzeitung“ erhalten wollen um eheste Einzahlung des Beitrages von Euro 25,- an: RAIBA Region Altheim – UBV/OÖ – IBAN 3403 0000 0021 4932. Wer bis spätestens 10.8.2014 einzahlt, bekommt auch weiterhin die UBZ zugeschickt!

- » **Zum Nachdenken:** Das oberste EIN Prozent der Österreicher besitzt 34 Prozent des Gesamtvermögens von über 1.300 Milliarden Euro. Die unteren 90 Prozent der Bevölkerung besitzen nur 31,7 Prozentanteil von diesem Gesamtvermögen (AK-Aussendung).
- » **Zum Erinnern:** „Vor dem Hintergrund der auslaufenden Milchquoten 2015 stehe der heimische Milchsektor vor gravierenden Umwälzungen. **Daher sei ein nationaler Milch-Dialog notwendig, fordert BB-Präsident NR Jakob AUER** auf der Grünen Woche in Berlin. Der österreichische Milch-Dialog soll gezielt heuer gestartet werden, weil wir diesen einschneidenden Schritt der Milchbranche, von der 35.000 Milchbauern abhängen, politisch planen und begleiten möchten. **Der Milch-Dialog soll eingebettet sein in einen nationalen Dialog über regionale Lebensmittel.** – Das Bewusstsein, dass hervorragende Qualität auch etwas kostet, ist ausbaufähig.“ (RZ 23.1.2014)
- » **Die Hinhalt-Taktik gegenüber dem Rindersektor in punkto GAP-Reform muss ein Ende haben, fordert die „Zentrale Arbeitsgemeinschaft der Rinderhalter“ (ZAR).** Die Rinderzüchter fordern von der Regierung, wichtige Transfermaßnahmen in der zweiten Säule zu unterstützen. Denn es gehe darum, den Verlust von 94 Mio. Euro durch den Wegfall der gekoppelten Prämien für den Tiersektor in der ersten Säule der GAP zu kompensieren.
- » Eine von Dr. Leopold KIRNER erarbeitete **Studie zur „Wettbewerbsfähigkeit der Milchwirtschaft in Österreich unter Berücksichtigung der GAP bis 2020“**, weise neben den Rindermästern und Mutterkuhhaltern, vor allem die intensiven Milchviehbetriebe als Verlierer des Regionalmodells in der neuen GAP aus. **Verluste bis zu 50 Prozent der öffentlichen Gelder seien hierbei keine Seltenheit.** (ZAR 29.1.2014)
- » Kein Satz über faire Bauerneinkommen und Beendigung der Einkommensdisparität steht derzeit im **Regierungsprogramm/Kapitel Land- und Forstwirtschaft**, obwohl dies erklärtes Ziel des Landwirtschaftsgesetzes ist. Nur vage heißt es unter „Herausforderungen“: Zentrale Aufgabe ist, die Absicherung einer nachhaltigen, flächendeckend produzierenden Land- und Forstwirtschaft als integraler Bestandteil der regionalen Wirtschaftskreisläufe in den ländlichen Regionen.
- » **Rupprechter-Ermahnung zu Almflächen:** „In der Causa rund um falsche Angaben bei Almflächen und den damit verbundenen Rückzahlungsforderungen, hat Minister RUPPRECHTER am Bundesbauerntag in Alpbach am 25.1.2014, **die Landwirtschaftskammern in die Pflicht genommen. Bis jetzt seien nämlich kaum Erklärungen bei der AMA eingelangt, die den Bauern bescheinigen, ‚nach bestem Wissen und Gewissen‘ gehandelt zu haben.**“ (APA 25.1.2014)

BURGENLAND:

MILDER WINTER – SCHÄDLINGSINVASION

Der milde Winter hat nicht nur einen merklichen Vegetationsvorsprung in allen landwirtschaftlichen Kulturen gebracht. Auch der Krankheitsdruck (Gelbrost) und der Schädlingsbefall zeigen bereits enorme Auswirkungen. Ausgehend von benachbarten Rapsschlägen, die eine gute Deckung ergaben, konnte sich eine starke Feldmauspopulation entwickeln. Bereits einen Monat vor der Getreideernte waren bedrohliche Kahlfraßstellen erkennbar, die sichtbar zunehmend größer werden. Ebenfalls an Rapsfelder angrenzende Maisfelder mussten wegen dieser Mäuseschäden sogar mehrmals nachgebaut werden.

TROCKENHEIT, STÜRME, STARKREGEN

Zum ungünstigsten Zeitpunkt, trockene und lockere Felder, fegten außerdem noch heftige Stürme über's Burgenland. Betroffen davon waren erstmals die seicht abgelegten und verwehten Rübensamen auf den noch kahlen Flächen. Erhebliche Sturmschäden bei Windböen bis zu 140 km/h gab es auch auf den Erdbeerflächen, in Obst- und Weinkulturen sowie im Forst.

Heftige, starke Regenfälle Mitte Mai in den Quellgebieten brachte dem Land Leitha-Hochwasser. Die Dämme hielten, wo sie nicht durch die Biber „porös“ wurden. Jedoch hat dann das aufsteigende Grundwasser im Bereich der Leitha die bevorstehende Ernte vernichtet.

LK-INFO VERÄRGERT BAUERNSCHAFT

Eine Informationsveranstaltung der Kammer zum Thema neuer Einheitswert verärgerte vielfach Bäuerinnen und Bauern. Denn mit dem, von der Bauernbundspitze ausgehandelten Grundlagen zur Feststellung der neuen Einheitswerte (EW), setzten sich die Politiker wissentlich über die geltenden Bewertungsgesetze glatt hinweg.

„Der EW ist der kapitalisierte Reinertrag eines schuldenfreien Betriebes auf Fremdlohnbasis.“ Allein in den letzten beiden Jahren hatte die Bauernschaft Einkommensverluste von 15 Prozent aufzuweisen und bekommt jetzt noch eine durchschnittlich beachtliche EW-Erhöhung von mindestens 10 Prozent oben drauf.

Degressive Ausgleichszahlungen, bisher so benannt als „Ausgleich für vorenthaltene betriebskostengerechte Produzentenpreise“ werden zu 33 % dem EW zugerechnet, der ja in der Landwirtschaft die Grundlage für sämtliche Steuern, Abgaben, Beiträge und dergleichen ist.

Völlig unverständlich finden Bäuerinnen und Bauern mit Recht, dass es für sie zweierlei Grundausmaß gibt. Den Grundkataster für's Finanzamt und die digitalisierte kleinere Fläche für die Bemessung der Betriebsprämie etc.

Natürlich ist kein einziger Aufschrei irgendeines BB-Bauernvertreters erfolgt. War doch ihr BB-Präsident oberster Chefverhandler mit unbegrenzter Vollmacht, wie zu lesen war. Ebenso hat auch in diesem Fall die Kammer als berufsständische, gesetzliche Interessenvertretung völlig versagt, welche die BB-Führung als parteipolitische Spielwiese missbraucht. Dass die Kammer für die Interessen der Bauernschaft zu kämpfen hat, war der Tenor der Unmutsäußerungen.

Der von der Kammer entsandte Angestellte wollte oder konnte die an ihn gerichteten Detailfragen nicht beantworten, war möglicherweise dafür nicht zuständig und sollte den zeitlichen Rahmen nicht sprengen. Der Spitzenfunktionär der AMA und Präsident der LK-Burgenland HAUTZINGER fand es nicht wert bei dieser Veranstaltung anwesend zu sein und den Bauern Rede und Antwort zu stehen. Dabei geht es doch bei dieser Neufeststellung der Einheitswerte um eine Neuregelung, um für die Bauernschaft negative Veränderungen auf Jahre hin. Weil gleichzeitig ein Automatismus beschlossen wurde, der weitere Gesetzesbeschlüsse dazu „überflüssig“ macht. Der Herr Präsident weiß dies alles selbstverständlich. Scheut er sich davor dies den Bäuerinnen und Bauern ins Gesicht zu sagen?

Politiker haben viele Möglichkeiten unangenehmen Dingen aus dem Weg zu gehen. Eine aber müssen sie zur Kenntnis nehmen, nämlich das Ergebnis von Wahlentscheidungen. Dies ist offensichtlich ihre einzige empfindliche Stelle.

SALZBURG:

LK-HILFE KOSTET 52 EURO JE STUNDE

Auf Grund der, von den Regierungsparteien beschlossenen neuen Einheitswert-Feststellung, kommen auch auf die Salzburger Bauern neue, erhebliche finanzielle Belastungen zu. Da davon ausgegangen werden kann, dass sich nicht alle Bäuerinnen und Bauern als Betriebsführer beim Ausfüllen der zugesandten Formulare auskennen – und um Fehler dabei zu vermeiden – ist es für diese ratsam Hilfe bei ihrer Interessenvertretung, der Landwirtschafts- bzw. Bezirksbauernkammer in Anspruch zu nehmen. Für diese Hilfestellung gegenüber Pflichtmitgliedern, wurde ein Kostenersatz von sage und schreibe 52,- Euro pro Stunde festgelegt, bzw. vorgesehen.

Da eine derartig kostenpflichtige Hilfe der eigenen Interessenvertretung für den UBV inakzeptabel erscheint, haben dessen LK-Räte in der Vollversammlung am 30. Mai nachfolgenden „dringlichen Antrag“ eingebracht:

„Die Vollversammlung der LK-Salzburg möge beschließen, dass für die Hilfestellung der LK bzw. BBK beim Ausfüllen der zugesandten Formulare zur bevorstehenden neuen Einheitswert-Feststellung KEIN Kostenersatz verrechnet, eingehoben wird.“ Nachsatz: Dies auch schon deshalb, weil die Landwirtschaftskammern Nutznießer jeglicher Einheitswert-Erhöhung sind, weil dadurch automatisch eine Verteuerung der Kammerumlage eintritt. Nur ganz nebenbei ist dieser Stundensatz mindestens das Sechsfache dessen, was aktive, qualifizierte Bäuerinnen und Bauern für ihre Arbeit erzielen. – Doch ungeachtet all dem, hat die Bauernbund-Mehrheitsfraktion diesen Antrag einstimmig abgelehnt. Auch dies sollte nicht vergessen werden!

BBK-Obmann STRASSER spricht von „Gratlern“

Es ist dies schon viel mehr als ein starkes Stück, was in diesem Zusammenhang der BBK-Obmann des Flachgaus, Walter STRASSER, von sich gab. ER sei FÜR diesen Kostenersatz, denn sonst kommen wieder die ganzen „Gratler“ (Menschen, die für nix gut sind und allen anderen ständig auf der Tasche liegen) mit noch ungeöffneten Formularen und lassen sich alles von der Kammer ausfüllen.

Kammerpflichtmitglieder als „Gratler“ zu bezeichnen ist schon eine Unverschämtheit sondergleichen. Doch offensichtlich waren alle seine Kammerfreunde der gleichen Meinung, denn es gab absolut keinerlei Reaktion oder Entschuldigung auf diese Wortmeldung. Weil ich vorerst glaubte mich verhört zu haben, fragte ich sicherheitshalber nach, und der „Gratler“ wurde mir bestätigt. Einziger Einwand unseres Kammerpräsidenten: „Wir sollten keine Zwiegespräche führen.“

Als Konsequenz daraus wird die UBV-Fraktion bei der nächsten Vollversammlung den Rücktritt von BBK-Obmann Walter STRASSER verlangen. Denn kein Bauernfunktionär hat das Recht, Pflichtmitglieder der Kammer auf diese Art und Weise zu beschimpfen, ja zu diskriminieren. Nicht nur nebenbei sei bemerkt, dass bäuerliche Betriebsführer vielfach gebrannte Kinder sind und Formularen mit größter Vorsicht begegnen, weil der kleinste Fehler fatale Folgen haben kann.

„BIO-AWARD“ VON SALZBURG VERGEBEN

Herzliche Gratulation an die Familie TIEFENBACHER. Sie schaffte es beim „Bio-Award“ von Salzburg unter die ersten Drei zu kommen. Für den Sieg hat es zwar nicht ganz gereicht, eure Leistungen waren dennoch großartig. Herzliche Glückwünsche im Namen des ganzen UBV-Teams.

Als Eltern von acht Kindern, den biologischen Geist im Kopf und Herzen – und nicht wie so viele nur in der Geldtasche. Für jedermann ein offenes Ohr und eine offene Haustüre. Vorreiter bei Windenergie und Fotovoltaik, das zeichnet euch besonders aus. Ohne den „Polzbauern-Sepp“ und seine Androhung zu Ostern die Autobahn zu blockieren, seine Tiere dort aufzutreiben, würden die Almbauern wohl nie und nimmer auch nur EINEN Cent zurückbekommen. Bereit gegen Ungerechtigkeiten aufzutreten, ist auch diesbezüglich stets Verlass auf ihn.

„WENN DIE ALMEN APER SIND, IST DAS ALMPROBLEM GELÖST?“

Ihr erinnert euch noch an diese Aussage des frisch gebackenen Landwirtschaftsministers DI Andrä RUPPRECHTER? Jetzt muss ich mir die Frage stellen: „Für wen ist denn bisher das Almflächen-

problem gelöst?“ Die Almbauern bekommen ungerechtfertigte Sanktionen rückerstattet, so das Versprechen! Aber wann? Sind jene etwa plötzlich doch gerechtfertigt? Und was ist mit den „ungerechtfertigten Rückforderungen“ von zu Recht erhaltenen Ausgleichszahlungen?

Vom Bauernbund heißt es: „Das wird’s wohl nicht spielen!“ Wieso ist dann dieses Problem gelöst, wenn den Almbauernbetrieben ungerechtfertigt Geld abgezogen wurde? Sie jetzt dieses nicht mehr zurückbekommen, weil ein Ministerium nicht zugeben will, dass entscheidende Fehler gemacht wurden. Hat aber dies nicht der Vorsitzende der eingesetzten Untersuchungskommission, der frühere Agrarkommissar DI Dr. Franz FISCHLER in aller Deutlichkeit öffentlich gesagt? – Sollen wieder einmal Bäuerinnen und Bauern die Zeche zahlen, obwohl sie im Recht sind? Ihnen dieses vorenthalten wird, nur weil Systemfehler nicht öffentlich, nicht zugegeben werden? Aber Österreich ist doch ein Rechtsstaat, oder etwa doch nicht? – Muss der kleine schwache Bauer, die Bäuerin draußen, den sich unfehlbar und allmächtig gebärdenden „Staat“ auf seine Kosten klagen, obwohl das Unrecht selbst für Blinde greifbar ist?

UBV BEANTRAGT AUFLÖSUNG DER AMA

Durch diesen Antrag entstand unter allen Kammerräten eine lebhafte Diskussion, die in einer ungewohnten Einigkeit endete. Diese bestand darin, dass hinsichtlich AMA allgemein die Auffassung herrscht „in punkto AMA muss sich etwas ändern!“ Daraufhin vereinbarte der LK-Präsident einen Vorsprachetermin mit dieser, der am 10. Juni in Wien von fast allen Kammervorständen wahrgenommen wurde.

Am Programm stand vormittags die Besichtigung der „Landwirtschaftskammer Österreich“ mit einer kurzen Präsentation über deren Zusammensetzung und ihre Aufgaben. Daran anschließend fand dazu eine Diskussion statt.

Nach dem Mittagessen ging es zur AMA, wo wir von Geschäftsführer DI Günter GRIESMAYR empfangen wurden. Nach einer zweistündigen intensiven Diskussion, in der beide Seiten ihre Standpunkte und Problemzonen dargestellt hatten, wurde mir einiges klar. Der AMA-Geschäftsführer gab uns unmissverständlich zu verstehen, dass die „Agrar Markt Austria“ nur Gesetze und die Vorgaben der Politik umzusetzen hat und sonst nichts.

„Hätte die Politik schon vor drei Jahren das Marktordnungsgesetz geändert, hätte die AMA schon vor drei Jahren die Möglichkeit gehabt mit den Almbauern anders umzugehen. So war ihr leider die Hände gebunden.“

AMA UND INTERESSENVERTRETUNG REFORMBEDÜRFTIG!

Mit der AMA ist es wie mit unserer Interessenvertretung. Wir brauchen sie, aber in einer wesentlich geänderten Form. Beide Institutionen müssen sich wieder besinnen, dass sie für die Bauern da sind, diese zu vertreten, aber nicht zu schikanieren haben. Beide hätten die Probleme der Bauernschaft an den geeigneten, den zuständigen Stellen weiter zu kommunizieren – im Interesse der Bauernschaft. Nicht umgekehrt wie dies derzeit vielfach geschieht.

UND WO WAREN UNSERE BAUERNVERTRETER?

Da geht es um das größte Bauvorhaben seit dem Bau der Autobahn im Land Salzburg! Um die größte Umweltverträglichkeitsprüfung in der Geschichte unseres Landes Salzburg! Und keiner von ihnen war dabei.

Vier Tage lang, von neun Uhr morgens bis 22 Uhr wurde in der Salzburgarena über die Auswirkungen dieser 114 Kilometer langen 380 KV-Leitung diskutiert. Die geplante Trasse verläuft überwiegend auf bäuerlichem Grund und Boden.

Skandalös, aber auch bezeichnend für unser System, dass außer den Vertretern des UBV, die an allen vier Tagen durchgehend anwesend waren – im Interesse der Bauernschaft – kein einziger Parteibauernvertreter dabei gewesen ist. Am Mittwoch stand das Thema „Landschaft und Landwirtschaft“ am Programm und die Landwirtschaftsvertreter von Schwarz, Rot und Blau glänzten durch

Abwesenheit. Ein typisches Beispiel dafür, dass „Parteibauern“ im Interesse ihrer Partei handeln und nicht vorrangig die Interessen ihres Berufsstandes vertreten. Welch himmelweiter Unterscheid zu den Vertretern anderer Wirtschaftszweige (Arbeitnehmer, Wirtschaft, Industriellenvereinigung, Beamte, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Ärzte, Bäcker, Vertreter des Handel u.v.a.m.), die ja mehrheitlich auch Parteimitglieder, auch Parteifunktionäre sind. Bei ihnen allen haben Berufsinteressen absoluten Vorrang vor jenen ihrer Partei.

Ein Danke jenen Bürgermeistern,

die mit vollem, auch finanziellem Einsatz hinter den betroffenen Bürgern und nicht hinter Interessen von Parteien, oder von Konzernen stehen. Die von ihnen in Auftrag gegebenen Gutachten zerpflückten jene im Auftrag des Landes teilweise und jene des Errichtungskonzerns vollkommen. Was den Verdacht erhärtet, dass auch **bestellte** Gutachten möglich und gängige Praxis sind.

Unabhängig und objektiv?

Eigentlich müssten die Verhandlungsleiterin und die Gutachter unabhängig und objektiv handeln. Doch allen Anwesenden wurde innerhalb kürzester Zeit klar, wer hier der Zahlmeister ist (die Errichtergesellschaft APG) und wessen Interessen somit der Vorzug zu geben war. Dennoch ließen sich die Leitungsgegner nicht unterkriegen. Volle vier Verhandlungstage und 13 Stunden kämpften sie mit Gegengutachten und sehr gut verständlichen Argumenten gegen die teilweise beschämenden Gutachten des Landesgutachters.

Da fehlte es gewaltig am Augenmaß

25 Folien für Fledermäuse und Vögel, aber nur 4 Folien für Mensch und Gesundheit. Laut dem medizinischen Gutachter, der äußerst arrogant und abweisend gegenüber kritischen Fragen der Freileitungs-Gegner argumentierte, wäre nicht bewiesen, dass die Freileitung gesundheitsschädlich sei. Er sehe deshalb keinen Grund, dieses Projekt aus gesundheitlichen Gründen abzulehnen. Überheblich fügte er hinzu, „wir würden keinen Gutachter finden, der anderes behauptet.“

Und wie war das mit Asbest? Auf die Feststellung eines „Halbgebildeten“, wie er uns nannte, dass alle Gutachter über mehr als 100 Jahre hin Asbest als völlig ungefährlich einstufen (auch noch als Menschen nachweislich daran starben), wusste er keine Antwort mehr. Randbemerkung: Heute zählt Asbest zu den gefährlichsten Stoffen und darf nur mehr in geschlossenen Behältern transportiert werden.

Unser Dank gilt aber nicht nur den Bürgermeistern, sondern all jenen Personen und Organisationen, die nicht prinzipiell gegen jede Starkstromleitung sind, sondern die für eine solche eintreten, die für Mensch, Tier und Natur am verträglichsten ist.

Zur REGIONALEN Versorgung nicht nötig!

Nach einem viertägigen Verhandlungsmarathon wurde von den Freileitungs-Gegnern auch eindeutig die Behauptung widerlegt, dass diese 380 KV-Leitung unbedingt für die regionale Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung notwendig sei. Kein einziges Gegenargument kam darauf weder von der APG, noch vom Gutachter des Landes. Letzterer verließ beim Vortrag von unserem Stefan WEISS geradezu fluchtartig die Verhandlung durch die Hintertür.

Auch weil die Leitungsbefürworter dem nicht widersprachen, schließt sich der UBV-Salzburg der Auffassung der Freileitungs-Gegner an. Denn diese Starkstromleitung dient ganz offensichtlich dem Stromhandel, der Gewinnmaximierung von Konzernen und Aktionären. Wenn man dennoch der Meinung ist, dass eine solche Leitung gebaut werden müsste, dann aber nicht als Freileitung, sondern nur als solche in der Erde.

Von der Politik her schien alles vorher schon „gelaufen“ zu sein. Anders ist ja nicht erklärbar, nicht zu begründen, warum kein einziger Bauernvertreter der parteigebundenen Bauernorganisationen an dieser überaus interessanten und für die bäuerlichen Grundbesitzer wichtigen Verhandlungsrunde teilnahm. Ohne die Anwesenheit der Vertreter des parteiunabhängigen Bauernverbandes hätte ein ganz wichtiger Teil der Betroffenen gefehlt und niemand hätte die Interessen des bäuerlichen Berufsstandes vorgebracht und vertreten.

NIEDERÖSTERREICH:

SCHON ZWEITE MILCHPREISENKUNG

Weil die Milchlieferung europaweit noch immer deutlich über dem Wert des Vorjahres liegt, was sich auch entsprechend auf das internationale Preisniveau auswirkt, hat der Vorstand der „Berglandmilch“ beschlossen den Bauernmilchpreis abzusenken. So lautet die sinngemäße – aber gekürzte – Botschaft, welche die Lieferanten der „Berglandmilch“ heuer schon zum zweiten Mal erhalten haben.

Zur Situation im Milchbereich hat die Wochenzeitung „Niederösterreichische Nachrichten“ (NÖN) am 3. Juni 2014 eine Stellungnahme von Helmut PETSCHAR, dem Präsidenten der „Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter“ (VÖM) veröffentlicht. Die Überschrift dieser lautet: **„Milchproduktion soll stark zulegen.“** Demnach ist bis 2020 mit einer Steigerung der Anlieferungsmenge von Milch um 15 Prozent zu rechnen. (Getreu dem betriebswirtschaftlichen Prinzip: „Kleiner Preis bedingt vergrößerte Produktion.“) Derzeit werden 48 Prozent der gesamten Produktion der Milch verarbeitenden Betriebe Österreichs exportiert. Nach Auslaufen der Quote wird diese Zahl auf über 50 Prozent ansteigen, so PETSCHARs Überzeugung und Aussage.

Abschließend erklärt Präsident PETSCHAR: **„Die Milchauszahlungspreise haben derweil ihren Höchststand erreicht. Ein weiterer Anstieg ist nicht zu erwarten.“**

Was für Schlüsse hätte die Agrarpolitik und die Milchbauern daraus zu ziehen? Ohne eine europaweit auf den Bedarf abgestimmte vernünftige Mengensteuerung werden die Verarbeitungsbetriebe billige Rohmilch bester Qualität erhalten und voll ausgelastet sein. Die Exportwirtschaft kann mit sehr preiswerten Verarbeitungsprodukten gute Geschäfte am Weltmarkt machen. Für die Milchbauern jedoch rückt ein fairer, betriebswirtschaftlich kostengerecht kalkulierter Erzeugerpreis in unerreichbare Ferne. Wenn diese dann noch immer nicht bereit sind, sich grenzüberschreitend in Erzeuger- und Anbietervereinigungen zusammenzuschließen um Marktmacht und eine Verhandlungsposition auf Augenhöhe zu erreichen, dann wird sich der gnadenlose Verdrängungswettbewerb – innerhalb der Milchbauern – zum Schaden aller fortsetzen. Es gibt bereits Gegenden im alpinen Grünland, wo dies in voller Schärfe sichtbar wird.

ERICH ZAHNT, ALTENREITH

DIESMAL DIE RÜBENBAUERN ALS ZAHLER?

Wie zukunftsfruchtig ist überhaupt noch die Zuckerrübe im Rahmen der EU-Zuckermarktordnung und deren Auslaufen 2017? Sowohl die Prognosen von Fachleuten, als auch die internen Maßnahmen, die in Südzucker und AGRANA gesetzt wurden und diese noch weiterhin setzen, lassen diese Frage berechtigt und aktuell erscheinen. Allein die AGRANA hat sich – ursprünglich eine reine Zuckerfabrik – zwei neue Standbeine geschaffen. Da ist zum einen die Treibstoff(Äthanol)fabrik in Pischelsdorf, erweitert durch die Eiweißfuttermittel-Erzeugung (Sojaersatz) und die Kohlensäureproduktion. Zum anderen ist die AGRANA einer der weltweit größten Fruchtsafterzeuger geworden. Wie nun in einer Aussendung bekanntgegeben wurde, ist alles durchkalkuliert um gegebenenfalls auf die Glucoseproduktion aus Mais umzusteigen, wenn die Zuckererzeugung aus Rübe noch unberechenbarer und wenig ertragreich wird. Das ist die eine Seite.

Die andere sind die Zuckerrübenbauern und deren Landes- und Dachorganisation. Der hier stets dominante NÖ-Rübenbauernbund hat sich mit seiner Auffassung durchgesetzt und will, wie zu hören ist, die Beteiligung der Rübenbauern am Industriesektor auf 31 Prozent erhöhen. Das kostet natürlich jede Menge Geld, das von den Rübenbauern aufzubringen ist. Innerhalb der Rübenbauern gibt es einen größeren Teil, der auf Grundlage des jeweiligen Kontingentes schon eine Beteiligung freiwillig eingezahlt hat und einen kleineren Teil, der dies bisher nicht machte. Diese Betriebe sollen – unter spürbarem Druck – zur Nachzahlung „veranlasst“ werden. Ob ein seit Jahrzehnten zum Betrieb gehörendes und geliefertes Rübenkontingent hierbei in Frage gestellt werden kann, dürfte nicht ganz einfach sein. Ob damit allein die 31%-Beteiligung erreichbar ist oder ob es weiterer „Nachschüsse“ bedarf, wird sich weisen. Es gibt Rübenbauern die dabei ein gewisses „Bauchweh“ haben. Denn sie erinnern sich an Beteiligungen an der Ölmühle Bruck, wo die Bauern auch Beiträge leisten mussten und dabei jede Menge Geld verloren haben. Gebrannte Kinder ...

ENORME DRAHTWURMSCHÄDEN IM OSTEN

Wir fragten uns schon im Spätherbst was wohl mit den spät angebauten Begrünungen los ist. Die wurden immer dünner und wir gaben der Trockenheit dafür die Schuld. Jetzt sind wir alle gescheitert. So viel Drahtwurmschäden wie heuer gab es die letzten Jahrzehnte nicht mehr. Betroffen sind vor allem Mais, Kürbis und Kartoffeln. Bei Mais und Kürbis mussten sowohl im Bio- als auch im konventionellen Anbau viele Hektar nachgebaut werden. Bei der Kartoffel bangen vor allem die Speisekartoffelproduzenten um den Ertrag, denn vom Drahtwurm angebohrte Speisekartoffel sind am Markt unverkäuflich.

Die Kartoffelbauern trafen sich in der BBK-Gänserndorf und machten dort ihrem Ärger Luft. Wie es in Zukunft sein wird hängt sehr wohl vom Landwirtschaftsminister ab (Pflanzenschutzmittel), wie auch von speziellen Fachleuten, die raten können, wie man derart große Schäden vermeiden kann. Für heuer hat jedenfalls der Drahtwurm den Osten Niederösterreichs fest im Griff und die Betroffenen fragen sich, wie sie diese Schäden verkraften können.

Denn das ist das Problem der Betriebsführer landwirtschaftlicher Betriebe generell. Weil keines der erzeugten Grundnahrungsmittel auch nur annähernd einen Preis erzielt der den errechneten Vollkosten entspricht, fehlen auf den Betrieben jene Reserven, die auch über ein Katastrophenjahr hinweghelfen. Spitzenpolitiker wissen dies ebenso wie praxisnahe Experten, doch anstatt über faire Erzeugerpreise nachzudenken, wird nur von den Millionenförderungen an die Landwirtschaft gesprochen. Millionen, die nachweislich nur zu einem geringen Teil auf den Bauernhöfen ankommen, die dafür ja auch spezielle Leistungen erbringen müssen. Hinten und vorne fehlt es an einer wirkungsvollen Interessenvertretung.

SCHLECHTES GEWISSEN ODER GEZIELTE ABLENKUNG?

Was bewegt eigentlich unsere NÖ-Landwirtschaftskammer sich publizistisch so umfangreich dem Thema „Einheitswert neu“ zu widmen? Da gibt es nämlich eine Sondernummer der BBK, im Kammerorgan „Die Landwirtschaft“ wird auf 12 Seiten über den Einheitswert geschrieben und daneben gibt es auch noch einen „Leitfaden“ der LK mit 35 Seiten. Dass Gemeinde-Informationsveranstaltungen zu diesem Thema von Angestellten der Kammer abgehalten werden ist grundsätzlich begrüßenswert. Denn das gesprochene Wort kann durch nichts ersetzt werden.

Rührt sich etwa bei den Verantwortlichen das Gewissen? Denn im Durchschnitt erhöhen sich die Einheitswerte um mindestens 10 % (bei unverändertem Grundaussmaß und Bewirtschaftung), was der Kammer Einnahmenerhöhungen beschert und deren Pflichtmitgliedern saftige Ausgabenerhöhungen. **Resultat jenes, von allen Kammerpräsidenten unterschriebenen Vorschlags zur neuen Einheitswert-Festsetzung, der von der Regierung übernommen und vom Parlament mit Mehrheitsbeschluss der Regierungsparteien gesetzlich fixiert wurde.**

Oder haut man sich so richtig ins Zeug, um vom vorher Erwähnten abzulenken und volle Unterstützung zu signalisieren? Möge sich jeder seine Antwort darauf selbst geben! Faktum ist, dass bei nachgewiesen sinkendem Einkommen in der Landwirtschaft, angeblich auf dem ERTRAGSWERT fußende Einheitswerte, erhöht werden. Daran werden auch vielseitige Aussendungen und Erläuterungen nichts ändern!

GRUNDBUCHKATASTER UND DIGITALFLÄCHE?!

Das hat es ja noch nie gegeben. Ein Großteil der Betriebe hat zweierlei Grundaussmaß. Eines nach dem Grundbuchkataster, der ist für's Finanzamt und eines auf Grund der Digitalisierung für AMA und SV-Bauern. Zwar erfolgt seit heuer ein totaler Abgleich zwischen Finanzamt und SV-Bauern, dennoch wird immer auf's Neue „erhoben“. Zusammengefasst heißt das: Für Steuern, Abgaben und dergleichen gilt das größere Grundaussmaß, für die Ausgleichszahlungen, die Prämien, die Pensionen, die digitalisierte kleinere Fläche.

Auf Grund von Erfahrungen im Zusammenhang mit Einsprüchen gegen die EW-Hauptfeststellung 1988, ist es ratsam sich auch diesmal bei Unklarheiten gleich beim Finanzamt schlau zu machen, wo man Hilfreiches in Erfahrung bringen kann. – Bedenkt, von der heurigen EW-Feststellung hängt gerade finanziell sehr viel ab!

AUS DER LANDESLEITUNG

Am 25. April, nach Redaktionsschluss, tagte die Landesleitung in Alt-Lengbach unter Vorsitz von Obmann SCHMIEDLECHNER. Aus den BBKs berichteten KOGLER (Waidhofen/Ybbs), SCHMIEDLECHNER (Wiener Neustadt), FINK (Melk) und RUPP (Waidhofen/Thaya). Kritik gab es an der Ausfertigung der BBK-Sitzungsprotokolle.

Hinsichtlich der EW-Neufeststellung wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, dass diese genau jenem Vorschlag der „LK-Österreich“ voll entspricht, den alle neun LK-Präsidenten handschriftlich unterschrieben haben. Sie haben uns das eingebracht!

KOGLER berichtete, dass sie sich das 486 Seiten starke GAP-Papier angesehen haben und herausfanden, dass die Mittel in „Säule II“ wie bekannt gekürzt wurden, zu Gunsten von außerlandwirtschaftlicher Regionalförderung und Leaderprogrammen (Seiten 160–190). Gerade hinsichtlich Letzterer wären in Zeiten wo angeblich Sparen groß geschrieben werden muss, objektive und veröffentlichte Evaluierungen aller Leaderprogramme hoch an der Zeit. Es gibt Beispiele, wo deren Sinnhaftigkeit – von Notwendigkeit keine Rede – und die Nachhaltigkeit in Frage stehen.

GILLINGER wies darauf hin, dass man damit rechnet, dass mehr Betriebe auf BIO umstellen, im Fördertopf zwar mehr Geld ist, auf alle aufgeteilt aber je Betrieb weniger herauskommt. Auch eine negative Überraschung.

Beschlossen wurde „Bauernstammtische“ im gesamten Land NÖ abzuhalten und mit Nachdruck die Forderung zu vertreten: „Aus Wettbewerbsgründen innerhalb der EU das preisgünstigere Heizöl für die Landwirtschaft, als Ersatz für den gestrichenen steuerverbilligten Agrardiesel, den es in vielen EU-Staaten weiterhin gibt.“

Unser Motto: „**Eigenständig denken – eine Anleitung zum Widerstand.**“

Aus dem Bezirk Waidhofen/Thaya wurde errechnet, dass den Bauern/Bäuerinnen durch GAPneu etwa fünf Mio. Euro gegenüber bisher „abgehen“.

ALLES J. SCHMID

STEIERMARK:

BETROFFENHEIT WEGEN NEUER NATURAFLÄCHEN

Unter den steirischen Bauern/Bäuerinnen herrscht Betroffenheit über die zusätzliche massive Ausweisung von „Natura 2000-Flächen“. Bisher umfassen sie in der Steiermark 261.000 ha mit jeweils unterschiedlichen Schutzziele. Diese Ausweisung erfolgte damals völlig illegal ohne Zustimmung der Grundeigentümer, unter den damaligen Landesräten HIRSCHMANN und PÖRTL. Sämtliche Protestkundgebungen und Widerstände waren erfolglos, denn die betroffenen Grundbesitzer wurden von ihrer gesetzlichen Interessenvertretung – der Kammer – schmäählich im Stich gelassen. Gehandelt wurde nach parteipolitischen Vorgaben und damit waren die Ausweisungen akzeptiert.

In den letzten Jahren beauftragte das Land Steiermark zwei Umweltbüros mit der „wissenschaftlichen Begutachtung“ der Natura-Schutzflächen. **Ohne Verständigung der Grundbesitzer und ohne jedwedes Betretungsrecht wurden Flächen untersucht und begutachtet.** Die von meist ausländischen Studenten durchgeführte Arbeit kostete das Land runde 400.000 Euro. Nachfolgend und das ist das Schlimme, hat es das Land verabsäumt Brüssel zu beweisen, dass mit der Ausweisung von 261.000 Hektar die vorgegebenen Schutzziele erreicht werden.

Daraufhin forderte der „Umweltdachverband“ eine zusätzliche Ausweisung von weiteren 100.000 Hektar Naturaflächen.

Betretungsrecht und Auskunftspflicht (§ 25a)

„Den mit den Aufgaben des Naturschutzes betrauten behördlichen Organen ist zum Zweck amtlicher Erhebungen, zur Kontrolle von Auflagen in Entscheidungen, sowie zur Erfüllung der ihnen nach diesem Gesetz und der auf dessen Grundlage erlassenen Verordnungen zukommenden Aufgaben, **ungehinderter Zutritt zu den in Betracht kommenden Grundstücken zu gewähren und auf Verlangen Auskunft zu erteilen.**“ (Stmk. Naturschutz-Gesetznovelle – Landtagsbeschluss vom 13.5.2014)

Zu den bisher 13 verschiedenen Betretungsrechten, die wir Grundbesitzer akzeptieren müssen, ist dieses das gravierendste mit nicht absehbaren Folgen. Wir bäuerlichen Grundbesitzer werden

ständig durch immer neue Einschränkungen, sehr ähnlich einem nicht demokratischen System, gleichsam enteignet. Trotzdem aber durch die Erhöhung der Einheitswerte immer höher besteuert.

UNSERE Kammer nimmt all dies still und leise zur Kenntnis. – Alles was Arbeitnehmer bisher erreicht haben verdanken sie ihrer unabhängigen Gewerkschaft und ihrer gesetzlichen Interessenvertretung – der Arbeiterkammer. Alles was die Bauernschaft bisher NICHT erreicht hat, verdankt sie der Gehorsamkeit und Rücksichtnahme des ÖVP-Bauernbundes gegenüber der ÖVP-Gesamtpartei und jener Bauernbundmehrheit in der Interessenvertretung (LK-Österreich und 9 Landeskammern), die deren Unabhängigkeit behauptet, aber gleichsam täglich Parteihörigkeit demonstriert.

Sie repräsentieren den UWD

Ich hoffe, es ist nicht uninteressant zu erfahren welche Personen den „Umwelt-Dach-Verband“ (UWD) in und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. Es sind dies:

Gerhard HEILINGBRUNNER (Präsident), Christian BAUMGARTNER (Naturfreunde), Manuel HINTERHOFER (österreich. Fichereiverband), Walter HÖDL (österreich. Naturschutzbund), Martin HÖBART (österreich. Forstverein), Klemens RIEGLER (Ökosoziales Forum), Gerald PFIFFINGER (Bird Life), Liliane DAGOSTIN (österreich. Alpenverein), Peter LEBERSORGER (österreich. Jagdverbände), Regina HRBEK (Naturfreunde), Andrea GERSTENBERGER (österreich. Jugendrotkreuz), Reinhold CHRISTIAN (Forum Wissenschaft und Umwelt), Gerald DUNKEL (ÖAV-Jugend), Franz HANDLER (Verband Naturparke Österreich), Lothar PETETER (österreich. Alpenschutzverband), Birgit MAIR-MARKART (Naturschutzbund), Eva RATH (Plattform Mobilfunk Initiativen), Peter HUBER (österreich. Touristenklub), Christof PFEMETER (ÖBV), Peter HASSLACHER (ÖAV) und Rudolf PAVUZA (VÖH).

Es ist schade, dass jene Personen nicht zu wissen scheinen, dass unsere Natur und Umwelt nur deshalb so schützenswert ist, weil unsere Bäuerinnen und Bauern durch ihre tägliche Arbeit, Grund und Boden – die Umwelt – so schützenswert gemacht haben.

LÖSUNG „PROBLEM ALMCHAOS“ NICHT IN SICHT!

Das Landwirtschaftsministerium versucht derzeit über die Medien die Öffentlichkeit so zu informieren, als ob die Almproblematik bereits gelöst sei. Dies trifft aber nur zum Teil zu. Denn tatsächlich betrifft die derzeitige Lösung nur 75 % der Almbauern, weil nur die Auftreiber rückwirkend „sanktionsfrei“ gestellt werden. Jedoch sind die Obmänner von Gemeinschaftsalmen und Agrargemeinschaften sowie Einzelalmen von dieser Regelung neuerlich ausgeschlossen.

Dies ist für mich – und da bin ich wahrscheinlich nicht allein – eine typisch österreichische Lösung. Der Minister verkleinert mit dieser Vorgangsweise stetig den Teil der Betroffenen und setzt – wie sein Vorgänger – wieder auf Zeit. Er kalkuliert ganz offensichtlich damit, dass mit der Verringerung der Zahl der Geschädigten, auch der Widerstand gegen dieses Unrecht erzeugende System nachlässt und der Kampfgeist jener die übrig bleiben, schwächer wird.

Wir werden alles daran setzen, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Für uns ist das von der Republik verursachte Almproblem erst dann gelöst, wenn alle unschuldig Geschädigten ihr Geld zurückbekommen, bzw. erhalten. Denn durch falsch berechnete (digitalisierte) Almflächen haben ja auch diese Almbauern die ihnen zustehende Almförderung zu bekommen.

ALLES J. ILSINGER

OBERÖSTERREICH:

AUS DEM VOLLVERSAMMLUNGS-PROTOKOLL

- » Präsident REISECKER rechnet nicht damit, dass das Anfang April bei der EU-Kommission eingereichte „Programm Ländliche Entwicklung“ (vorgesehen Kürzungen im Bereich ÖPUL und Bergbauernzulage um 130 Mio.) zum Zeitpunkt des heurigen Herbstantrages formell genehmigt ist.
- » Präsident REISECKER fordert namens der LK-OÖ im Hinblick auf das Auslaufen der Milchquote Ende März 2015 zumindest eine spürbare Reduktion der EU-Superabgabe. „Bereits mit einer Beseitigung der EU-Regelungen für die Fettkorrektur, könnte für die heimischen Milchbauern eine wirksame Entlastung gesetzt werden.“ – „Eben dies hatte KR GROSSPÖTZL (UBV) schon vor Monaten gefordert, wurde aber als nicht machbar bezeichnet und damals abgelehnt.“

- » KR SCHACHL (BB): „Unter dem Motto Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger, kann man die Regelung der Vorsteuerberichtigung beim Umlaufvermögen einreihen. **Es ist dem BB etwas gelungen, was man ihm nicht zugetraut hat.**“ – Allein dem Bauernbund? Nicht der Interessenvertretung?
- » KR HUEMER (BB): „**Der BB hat für alle Landwirte gekämpft und viel erreicht. – Der BB hat auch die Kofinanzierung bei den Regierungsverhandlungen durchgesetzt. – Der Erhalt des Einheitswertes und der Pauschalierung ist auch dem BB zu verdanken.**“
- » KR HOCHEGGER (SPÖ): „Die Betriebe in den Erschwernisstufen 0, 1 und 2, sind aber die Verlierer. Das ist ungerecht, **eine solche Politik werden wir als SPÖ-Bauern nicht mittragen, auch wenn die Parteispitze in Wien das so aushandelt.** Das Programm für die Landwirtschaft macht der Landwirtschaftsminister. Es gibt eine Koalition, in der diese Dinge dann ausverhandelt werden. – **Wir werden einer Regelung nicht zustimmen, bei der die Grünlandbauern die großen Verlierer sind.** Es wird Geld im Betrag von 1.600 Mio. Euro durch die Quotenauflösung vernichtet. Um diesen Betrag haben die Betriebe Milchquoten gekauft.“
- » Präsident REISECKER: „Der Einheitswert ist nicht eine Frage der Größe des Betriebes. Künftig werden ja die Abschläge bei kleineren Betrieben sogar wesentlich stärker ausfallen.“
- » KR GRAF (FPB): „Das aktuelle Budget in Österreich hat einen Anteil für die Land- und Forstwirtschaft von 1,8 %. Weniger als die (kaum mehr effiziente) Landesverteidigung mit 2 %. Dabei sind in diesen Geldern auch Positionen wie Lawinverbauung, Hochwasserschutz, (Schönbrunn, die Hofreitschule, die Lippizaner) u. a. enthalten.“
- » KR WINKLEHNER (UBV): „Es darf nicht so sein, dass bei den neuen Programmen nur bloß ein bisschen nachgefeilt wird, wie Rupert LINDNER (LaWi. Ministerium) gestern gemeint, sondern es müssen gravierende Maßnahmen getroffen werden, damit es zu Entschärfungen kommt. Ansonsten sehe ich das alles als ein Riesenproblem gerade für die benachteiligten Gebiete.
Beim ÖPUL haben wir gehört, dass es strengere Vorgaben und weniger Geld geben soll. Ich habe schon erwähnt, dass da viele Betriebe gar nicht mehr mitmachen können. Eigentlich müsste ja dann für ÖPUL künftig mehr Geld da sein, denn jedes Jahr fallen 7.000 Hektar, in 5 Jahren 35.000 Hektar weg. – Die SPÖ hat immer das Arbeitszeitmodell als Grundlage für Förderungen und Einheitswerte dargestellt. Warum ist hier nichts Besseres herausgekommen?“
- » LR HIEGELSBERGER (BB): „Die EU sagt, wir müssen uns vom historischen Modell verabschieden und auf das Regionalmodell umstellen. **Wir haben uns unter den Agrarreferenten grundsätzlich darüber verständigt, wohin die Reise gehen soll. Das heißt, dass alle Produzenten, auch jene die bisher nicht, oder nur sehr geschützt am Markt waren, auf den Markt vorbereitet werden müssen.** Die historischen Prämien werden umgelegt, die Abschmelzung ist bis 2019 geplant. **Die Betriebe müssen sich dann auch anders aufstellen.**
Wir sind regelkonform, Mitte des Jahres läuft der Milchzuschuss aus. Hier gibt es große Unterschiede zu Salzburg und Steiermark. Dort gab es 15 % Minus bei den Ermessensausgaben im Agrarbereich, weil die Landesbudgets komplett kaputt waren. Das wird auch 2014 und 2015 so bleiben. In OÖ haben wir stabile Landesfinanzen, das ist der Unterschied. – Landwirtschaft muss auch künftig in allen Regionen möglich sein, das ist unser Anspruch.“
- » KR GROSSPÖTZL (UBV): „Es heißt jetzt Österreich sei Vorbild für ganz Europa. Vielleicht ist das beim Sozialsystem so. **Wir sind aber bei einem Bauerneinkommen von 20.000 Euro pro Jahr. Der Baden-Württembergische BV-Präsident hat darauf hingewiesen, dass sein Bundesland mit 32.000 Euro Schlusslicht in Deutschland ist und hat dies als besorgniserregend bezeichnet.** – (Anm.: Für den UBV sind 20.000 Euro diskriminierend.)
Angst und Furcht sind keine guten Lehrmeister. Wir müssen aufhören vor den NGOs gebückt herumzulaufen, wir tun das nämlich immer mehr. Wenn eine Gruppe aufsteht, gehen wir schon in Deckung. – Österreich gibt insgesamt neun Milliarden Euro für Forschung aus. Mich interessiert, wieviel davon in die agrarische und bäuerliche Forschung fließt.
KR HOCHEGGER hat erklärt, dass die 50:50 Kofinanzierung schon seit Feber 2012 abgesichert ist. Wenn dem so ist, dann war das, was wir erlebt haben, bloß ein Scheinkampf. Irgendwer sagt hier nicht die Wahrheit.“
- » Präs. REISECKER: „Es stimmt die Aussage von HOCHEGGER betreffs 50:50 Kofinanzierung. Im Rahmen der Regierungsverhandlungen gab es aber aufgrund der Budgetsituation die Tatsache, dass diese in Frage gestellt wurde.“ (Regierungspartner ohne Handschlagqualität?)

» KR KEPLINGER (UBV): „Das neue Förderprogramm 2014–2020, das uns AUER, SCHULTES, REISECKER u.a. vorgeschlagen haben, ist ein Zusperr- und Arbeitsvernichtungs-Programm. Im Gegenzug wird die Verwaltung erhöht. Das Problem ist, dass für jene, die das vorschlagen, das Jahr 14 Monate, bei denen die diese umsetzen müssen, das Jahr aber nur 12 Monate hat.

LR HIEGELSBERGER hat bei der letzten Vollversammlung gemeint, es gehe bei der Mutterkuhhaltung nur um Peanuts. Tatsache ist, Oberösterreich erspart sich künftig 1,6 Mio. Euro und die Steiermark 783.000 Euro. – Eine Auskunft des Ministeriums.

„Tierwohl“ findet man in keinem Förderprogramm, obwohl die EU-Kommission dies wünscht und eine Förderung bis zu 500 Euro möglich wäre. – Wir sollten hier einmal feststellen, wo denn die Gelder aus der Modulation der letzten sechs Jahre hingekommen sind. Sicher nicht zu den Bauernhöfen.

Seit Jakob AUER BB-Präsident ist, gibt es nur Belastungen. Das hat mit dem Agrardiesel-Verzicht begonnen. Damals erklärte AUER, es sei nun Schluss mit den Belastungen. Die Realität ist, immer mehr Auflagen, immer mehr Ausgaben und immer weniger Einnahmen. Ich bin gespannt wie uns der Bauernbund oder die Regierung erklären, wie wir das ausgleichen sollen. Nur Vorschläge machen und Gesetze beschließen wie man am besten einkassiert, ist zu wenig.“

SO WURDEN DIE UBV-ANTRÄGE BEHANDELT!

1. **Einstimmig angenommen wird der Antrag „die Verkabelung von Starkstromleitungen“ zu ermöglichen.** Darin wird die oö Landesregierung aufgefordert ihre Eigentümerrechte an der Energie-AG einzusetzen und dem Landtag umgehend eine Novelle des oö Starkstromweggesetzes vorzulegen.
2. Antrag, dass auf Grund sinkender Bauerneinkommen die Zahlungen an SVB, Gemeinde, Finanzamt, Kammerumlage bei gleich gebliebenem Besitzstand und Bewirtschaftung nicht erhöht werden dürfen. Eigentlich selbstverständlich, wenn laut Gesetz vom Ertragswert ausgegangen wird. – Eigentlich müsste ja sogar die Summe aller EW deshalb geringer werden und die Interessenvertretung dies mit Vehemenz vertreten. – **Präsident REISECKER empfiehlt den Antrag abzulehnen, weil die Kammer Beitragserhöhungen nicht verhindern kann.** Die EW setzt das Finanzamt fest. – Antrag mit Stimmen von BB und SPÖ-Bauern abgelehnt.
3. „Die LK fordert die Bundesregierung und die Hauptverhandler NR AUER und SCHULTES auf Sorge dafür zu tragen, dass die Budgetmittel der ‚Säule II‘ auch direkt ins Bauernhaus kommen.“ – Bemerkenswert, dass sich HOCHEGGER (SPÖ) dagegen ausspricht, keine BB-Wortmeldung kommt. – Beide, ÖVP-Bauernbund und SPÖ-Bauern lehnen den Antrag ab.
4. **„Antrag auf Rücknahme der Erhöhung der Viehzuschläge beim EW“.** – KR WINKLEHNER begründet den Antrag. Präsident REISECKER betont, dass die Neuregelung für die Viehbetriebe ohnehin besser sei und fügt folgendes hinzu: **„Fix ausgemacht ist, dass jene Betriebe, die über der Normalunterstellung sind Zuschläge bekommen und dass diese in Summe österreichweit 75 Mio. Euro ausmachen sollen. Diese Summe für ganz Österreich steht ja fest.“** – Antrag von BB und SPÖ abgelehnt.
5. **„Antrag die Weideprämie bei Rindern, Schafen und Ziegen mit 100,- Euro festzulegen.“** – Dazu Präsident REISECKER: „Auf Grund der Verhandlungssituation und weil fixe Vorgaben mit konkreten Beträgen meinen Verhandlungsspielraum auf Null setzen, empfehle ich meiner Fraktion die Ablehnung.“ – Antrag von BB und SPÖ abgelehnt. – **Kommentar: Wieder empfiehlt der Kammerpräsident entgegen seinem gesetzlichen Auftrag einen Antrag abzulehnen. Wenn die Vollversammlung das oberste Organ ist, dann kann sie sehr wohl – auch dem Präsidenten – Verhandlungsvorgaben mitgeben.**
6. Stroh auf Liegeflächen von Rindern als „EU-Tierwohlmaßnahme“ mit 150,- Euro je GVE zu fördern. – Keine Wortmeldung! – Ohne Begründung von BB und SPÖ abgelehnt.
7. **Der UBV beantragt die Fördermittel für die „benachteiligten Gebiete“ NICHT zu kürzen.** – Vizepräsident GRABMAYR empfiehlt Antrag abzulehnen, weil der Inhalt dieses, in UNSEREM BB-Antrag enthalten und einstimmig angenommen worden ist. – Anm.: Der UBV-Antrag (Einbringung 3 Tage vorher), offensichtlich Grundlage und Ursache des „Resolutionsantrages“ des Präsidiums gilt als Bauernbund-Antrag. – **Von der Bauernbund-Mehrheit abgelehnt.**